Die Linke Sachsen Landesvorstand

B9 - 042

Ergänzungen zum Entwurf Landtagswahlprogramm 2024

Beschluss des Landesvorstandes im Umlaufverfahren vom 15. - 18.03.2024

Beschluss: Der Landesvorstand der Linken Sachsen beschließt

nachfolgende Ergänzungen zum Entwurf des

Landtagswahlprogramms 2024.

Anlagen: Ergänzungsanträge

politische Botschaft: -

Maßnahmen der

Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

weitere Maßnahmen:

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt

mit:

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstand/ Landesrat/ Kreisvorsitzende/

Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/

Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Finanzbeirat/ Mitglieder Landesfinanzrevisionskommission/

Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Abgeordnete im

Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Landesinklusionsbeauftragte*r/

Ombudspersonen/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/

Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Pressesprecher und

Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion Die Linke im

Sächsischen Landtag

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 11 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

F.d.R.

Dresden, 19.03.2024

Lars Kleba

Landesgeschäftsführer

f. lill

Präambel Wahlprogramm die Linke Sachsen zur Landtagswahl 2024

Liebe Wählerinnen und Wähler!

Sachsen – das sind die Industriemechanikerin im Automobilwerk in Zwickau und der Mediendesigner in der Leipziger Südvorstadt. Es sind die junge Studentin der Sozialen Arbeit in Mittweida und der Straßenbahnfahrer im Ruhestand in Görlitz. Es sind die Agrargenossenschaften, die seit der Vereinigung die Tradition der LPG fortführen, aber auch die Menschen, die erst vor wenigen Jahren einen ökologischen Landwirtschaftsbetrieb gegründet haben. Zu Sachsen gehören der Altenpfleger und die Seniorin, um die er sich kümmert, die Lehrerin an der Grundschule und die Kinder, die sie unterrichtet. Sachsen, das ist auch der Syrer, der vor dem Krieg in seiner Heimat zu uns geflohen ist und inzwischen als Hausarzt Kranke versorgt. Sachsen – das sind wir alle, die wir hier wohnen. Vier Millionen Menschen, die mit fröhlichem Eigensinn ihr Leben gestalten und sich zugleich in die Gemeinschaft einbringen. Sachsen ist Hutzenabend und Technoclub, Karl-May-Museum und Staatsoper, Freiwillige Feuerwehr und Kulturverein. Teil dieser Vielfalt sind und bleiben auch wir: Die Linke Sachsen. Weil wir zu dieser Gesellschaft gehören, wollen wir das Leben für alle Menschen in Sachsen besser machen, sicherer und selbstbestimmter – für Sie und gemeinsam mit Ihnen.

Der Blick, der von außen auf Sachsen geworfen wird, liefert oft ein negativ verzerrtes Bild. Aber auch wir wissen: Viele Menschen hier sind unzufrieden, fühlen sich übergangen und nicht wertgeschätzt. Wir geben nicht vor, alles erklären zu können, aber kennen doch einige Gründe für diese Stimmung: Während nach der Vereinigung Kohl, Schröder und Merkel in Berlin regierten und in Sachsen mehr als 30 Jahre lang ununterbrochen die CDU an der Macht war, zog sich der Staat immer weiter zurück und ließ viele Menschen im Stich. Krankenhäuser und Schulen, Postämter und Bahnhöfe, Sparkassenfilialen und Kulturzentren schlossen für immer ihre Türen. Ältere Menschen fanden vielfach keine Arbeit mehr, junge Menschen verließen Sachsen auf der Suche nach ihr. Statt für soziale Sicherheit und wirtschaftliche Perspektiven zu sorgen, behaupteten die Regierenden, die Leistungen des Staates müssten gekürzt werden. Sie privatisierten öffentliches Eigentum, entzogen es so der demokratischen Kontrolle und ließen dem Profitstreben des Marktes freie Bahn. Während die Konzerne Rekordprofite machten und die Vermögenden immer reicher wurden, blieben Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen zurück. Durch eine sogenannte "Schuldenbremse", die von den Regierenden noch immer verteidigt wird, fesselte sich der Staat selbst und kann heute auf die vielen Krisen unserer Gegenwart nicht angemessen reagieren. Nur allzu aktiv zeigte sich der Staat dort, wo es darum ging, Menschen, die unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten waren, durch das System "Hartz 4" zu drangsalieren, das inzwischen in "Bürgergeld" nur umgetauft wurde. Wenig unternahmen die Regierenden hingegen zur Angleichung der Löhne und Renten im Osten an das Niveau des Westens - diese immer noch bestehende Benachteiligung ist es, die von den Menschen in Sachsen als größte Ungerechtigkeit empfunden wird.

Dieser falschen Politik unermüdlich widersprochen hat die Partei, die zuerst PDS hieß und heute Die Linke heißt. Sie ist und bleibt die verlässliche Stimme für soziale Gerechtigkeit. Wir sind die einzige soziale Opposition im Sächsischen Landtag. Niemals werden unsere Abgeordneten die Hand heben, um einem Sozialabbau zuzustimmen. Stattdessen ist es unser Ziel, das Leben in Zeiten vieler gleichzeitiger Krisen und wachsender Unsicherheit endlich wieder planbar zu machen. Wir wollen die sogenannte "Schuldenbremse" abschaffen, Privatisierungen ohne Zustimmung der Bevölkerung verbieten und Institutionen der sozialen Daseinsfürsorge wieder der öffentlichen Hand anvertrauen. Wir setzen uns dafür ein, alle Krankenhausstandorte zu erhalten, mindestens als Polikliniken. Wir wollen die Versorgung pflegebedürftiger Menschen verbessern und die immer stärker wachsenden Eigenanteile begrenzen. Wir werden den Rückgang der Geburtenzahlen nicht dazu nutzen, um Stellen zu streichen und Ausgaben zu

kürzen, sondern um die Betreuung und Bildung unserer Kinder in Kitas und Schulen zu verbessern und ihnen ein kostenloses Mittagessen anzubieten.

Nicht aus falscher Nostalgie, sondern weil wir gegen jede ungerechtfertigte Ungleichheit kämpfen, setzen wir uns dafür ein, den Ostdeutschen endlich die Anerkennung zu verschaffen, die sie verdienen. Die Menschen in Sachsen wissen, dass Die Linke die glaubwürdige Vertreterin der ostdeutschen Interessen ist. Wir kämpfen von Anfang an gegen das Rentenunrecht, das im Zuge der Vereinigung zahllosen Ostdeutschen angetan wurde. Um die Zeit der Niedriglöhne in Sachsen zu beenden, haben wir ein Vergabegesetz vorgelegt, nach dem öffentliche Aufträge nur noch an Firmen gehen sollen, die Tariflohn zahlen. Dass Führungspositionen in Ostdeutschland in vielen Bereichen noch immer kaum mit Menschen ostdeutscher Herkunft besetzt sind, ist ein Skandal. Nur wenn ostdeutsche Biografien in den Führungspositionen angemessen repräsentiert sind, können die besonderen Kenntnisse der Ostdeutschen und ihr Gefühl für Solidarität endlich voll in das politische Handeln einfließen.

Zu dem Wissen der Ostdeutschen, das Nachhilfe aus dem Westen überflüssig macht, zählt unser Vorsprung auf dem Gebiet der Gleichstellung der Frau. Dass Frauen gleichen Zugang zu Führungspositionen und für gleichwertige Arbeit gleichen Lohn erhalten müssen, ist für uns eine selbstverständliche Forderung. In unserer eigenen Partei setzen wir diese Prinzipien konsequent um. Zugleich wissen wir, dass Gleichberechtigung nach dem Buchstaben des Gesetzes noch längst nicht tatsächliche Gleichstellung bedeutet. Die muss vielmehr in allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv durchgesetzt werden. Dabei ist für uns jede Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes oder der sexuellen Identität inakzeptabel.

Weil Gleichheit unser Prinzip ist, setzen wir uns auch für gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land ein. Die Wege zur Arztpraxis, zum Krankenhaus und zur Behörde werden immer länger – und beschwerlicher, denn der Öffentliche Nahverkehr ist fahrlässig immer weiter ausgedünnt worden. Die Linke ist und bleibt in Sachsen in allen Landkreisen und Kommunen präsent. Und wir wollen dafür sorgen, dass auch Verwaltung, Gesundheitsversorgung und Bildung auf dem Land überall funktionieren. Dazu muss die Landesregierung den Kommunen endlich die nötigen Mittel zur Verfügung stellen. Alle unsere Dörfer und Städte müssen außerdem wieder durch Busse und Bahnen regelmäßig erreichbar werden. Die Großstädte haben andere, aber nicht weniger drängende Probleme: Den Wohnungsmangel und den Mietwucher wollen wir durch eine wirksame Mietpreisbremse und sozialen Wohnungsbau in großem Maßstab bekämpfen.

Ein Staat, der sich selbst fesselt und für unfähig erklärt, die Probleme zu lösen, der nicht genug Lehrkräfte an die Schulen bringt und der Menschen in die Altersarmut schickt, kann kein Vertrauen gewinnen. Für manche in Sachsen klingen da die Versprechungen nationalistischer Rechtsaußenparteien verlockend. Sie machen für alle Missstände das Ausland und die Ausländer verantwortlich und behaupten, durch Abschottung und die Zerstörung der Europäischen Union ließen sich alle Probleme lösen. Die Mehrheit der Menschen in Sachsen weiß aber, dass wir von einem Europa der offenen Grenzen profitieren. Sie weiß auch, dass ohne Zuwanderer schon jetzt viele Krankenhäuser und Handwerksbetriebe ihre Arbeit einstellen müssten. Sie betrachtet die Vielfalt der sächsischen Gesellschaft als Gewinn, nicht als Bedrohung. Gegen die extreme Rechte und ihr nationalistisches, autoritäres und unsoziales Programm demonstrieren in ganz Sachsen hunderttausende Menschen. Die Linke steht Seite an Seite mit ihnen. Wir sind die Partei des konsequenten Antifaschismus. Wir treten den extremen Rechten nicht nur in den Parlamenten und auf der Straße entgegen, sondern knicken - im Gegensatz zu den anderen Parteien – auch politisch nicht vor ihnen ein. Wir verteidigen das Recht auf Asyl als humanitäre Plicht. Zugleich betrachten wir die Zuwanderung als Chance für Sachsen. Dabei sind wir uns bewusst, dass sich vorhandene Bedenken in der Bevölkerung nur durch eine schnellere Integration der Zuwanderer in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt

abbauen lassen. Wir streiten für ein Sachsen, das für alle ein Zuhause ist. Wir beteiligen uns nicht daran, verschiedene Gruppen von Menschen, die sich zurecht benachteiligt fühlen, gegeneinander aufzuhetzen. Unsere Alternative heißt Solidarität!

Wir widersprechen der Legende, Sachsen hätten eine natürliche Neigung zum Konservativen. Ganz im Gegenteil: Sachsen war das Land der Reformation und der Aufklärung, war Vorreiter der Industrialisierung und der technischen Innovation. Noch heute sind die sächsischen Universitäten hervorragend, bei der Leipziger Buchmesse treffen sich Intellektuelle aus aller Welt. Im "roten Sachsen" organisierten sich im 19. Jahrhundert zuerst die Arbeitenden im Kampf für ihre Rechte, hier wurde die sozialistischen Bewegung begründet, in deren Tradition wir als Die Linke stehen. Dass die fortschrittlichen Kräfte in der Gesellschaft es derzeit schwer haben, daran tragen wir wegen der inneren Streitigkeiten unserer Partei in den vergangenen Jahren eine Mitschuld. Nun, da wir wieder geschlossen auftreten, ist es unsere Pflicht, die Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Das heißt aber nicht, dass wir uns kritiklos mit den bestehenden Verhältnissen abfinden. Die Demokratie kann nur erhalten werden, indem sie verbessert wird. Wir brauchen eine Demokratisierung der Demokratie. Demokratie muss die tägliche Praxis einer Gesellschaft sein, in der alle gleichberechtigt über die Zukunft mitentscheiden. Deshalb treten wir dafür ein, Volksbegehren und Volksentscheide zu erleichtern und das Wahlalter abzusenken. Wir wollen, dass die Beschäftigen mehr mitbestimmen dürfen und Miteigentum an ihrern Betrieben bekommen. Weil die Kommunen die Basis der Demokratie sind, sollstärker vor Ort entschieden werden, wofür Geld ausgegeben wird. Wir wollen einen funktionierenden Sozialstaat, der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle ermöglicht, und eine dienende Verwaltung, die den Interessen der Menschen entgegenkommt.

Die sächsische Landwirtschaft hat die letzten Jahre unter extremen Dürren.gelitten. Ebenso spüren es die Feuerwehrleute, die sich mit verheerenden Waldbränden konfrontiert sahen: Die Klimakrise spielt sich nicht nur in fernen Ländern ab, sondern direkt vor unserer Haustür. Wir müssen unseren Beitrag leisten, um die Erderhitzung zu stoppen – auch weil die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden vor allem die ohnehin schon Schwächsten in unserer Gesellschaft treffen. Wir müssen unsere Industrie und unsere Energieversorgung, unser Verkehrswesen und unsere Landwirtschaft so umbauen, dass wir so bald wie möglich das Klima nicht mehr schädigen. Wo Maßnahmen zum Klimaschutz auf Widerstand stoßen, da liegt es zumeist daran, dass gerade jene Menschen übermäßig belastet oder zum Verzicht aufgefordert werden, die ohnehin schon wenig haben – während die Vermögenden und die Konzerne sich aus der Affäre ziehen. Die Linke steht für einen konsequenten, dabei aber auch sozial gerechten Klimaschutz. Viele Menschen im Osten haben in den neunziger Jahren schon einmal erlebt, wie eine wirtschaftliche Transformation über ihre Köpfe hinweg und ohne sozialen Ausgleich vollzogen wurde. Sie sind deshalb mit Grund besonders skeptisch. Wir wollen sie überzeugen, indem wir sie in die Entscheidungen einbinden und dafür sorgen, dass sie von der Wirtschaft von morgen profitieren. Der Staat muss den Wandel in den Schlüsselindustrien kontrollieren und durch Investitionen gezielt vorantreiben. Die Infrastruktur zur Energieversorgung gehört in die öffentliche Hand. Statt die Menschen durch immer höhere Preise zu bestrafen, wollen wir sie an dem Gewinn beteiligen, der dadurch entsteht, dass wir unseren Strom aus erneuerbaren Energieguellen im eigenen Land produzieren.

Die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit in Sachsen sind glücklicherweise vorbei – nicht dank der Weisheit der Regierenden, sondern weil die Bevölkerung kleiner und älter wird. Inzwischen ist der Mangel an Arbeits- und Fachkräften in fast allen Branchen zum Problem geworden. Die Arbeitswelt wandelt sich außerdem durch die Digitalisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz. Die Linke will diese Entwicklung gestalten, statt ihr nur zuzuschauen. Dabei stehen für uns stets die Interessen der Beschäftigten an erster Stelle. Während die Lobbyisten der Unternehmerverbände und die Konservativen die Menschen in Sachsen zur Mehrarbeit

verpflichten wollen, sagen wir: Wer Arbeitskräfte will, muss sie ordentlich bezahlen und behandeln. Dazu gehören Tariflöhne im ganzen Land, aber auch die Möglichkeit für die Beschäftigten, ihre Arbeitszeit zu reduzieren.

Auch wenn wir von Sachsen aus keine Außenpolitik betreiben können, setzen wir uns doch vor Ort für den Frieden und gegen Militarisierung, Aufrüstung und Waffenexporte ein. In Zeiten, in denen in vielen Hauptstädten der Welt wieder Krieg zum legitimen Mittel der Politik erklärt wird, ist das dringend notwendig. Wir wollen, dass internationale Konflikte durch Verständigung und Ausgleich gelöst werden. Wir wehren uns dagegen, dass in Sachsen Waffen produziert werden und das Militär an unseren Schulen und Universitäten für den Kriegsdienst wirbt.

Wir sind Die Linke Sachsen. Wir sind mehr als 6000 Menschen, die sich zusammengefunden haben für eine Politik, die in allen Fragen die soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt. Für eine Politik, die den vielfältigen Lebensentwürfen in Sachsen gerecht wird. Für eine Politik, die allen Menschen mit Respekt begegnet. Nur eine gerechte Gesellschaft ist eine sichere Grundlage für die Demokratie und den Frieden. Für unsere Ziele kämpfen wir auf der Straße, im Stadtteilverein, am Streikposten, in Sozialverbänden, bei der Geflüchtetenhilfe, in den Kommunen und im Sächsischen Landtag. Wir wollen unsere wichtige Aufgabe als einzige demokratische und soziale Opposition im Parlament weiter erfüllen und bitten Sie dafür um Ihr Vertrauen. Grundsätzlich sind wir auch bereit, Verantwortung in der Landesregierung zu übernehmen, wenn dies dazu beiträgt, die Verhältnisse in Sachsen zum Besseren zu verändern. Denn die politische Arbeit ist für uns kein Selbstzweck, sondern Dienst für Sie, die Menschen, die mit uns in Sachsen leben.

Vorworte Landeswahlprogramm

Kapitel I

Die Zeiten der Massenarbeitslosigkeit sind auch in Sachsen glücklicherweise vorbei. Doch das ist kein Erfolg der Regierenden, sondern eine Folge des Alterns der Bevölkerung. In fast allen Branchen herrscht inzwischen ein Mangel an Arbeits- und Fachkräften. Die CDU hat noch immer nichts begriffen und keinen Plan für die Zukunft: Sie möchte nicht nur, dass Sachsen weiterhin ein Niedriglohnland bleibt, sondern will jetzt auch noch, dass die Beschäftigten in Sachsen länger schuften – jede Woche ein paar Stunden und im Alter ein paar Jahre. Die Linke hingegen sagt: Wer Arbeitskräfte will, muss sie ordentlich bezahlen und ihnen gute Bedingungen bieten. Der Umbau der Wirtschaft, der sich durch die Digitalisierung und die Energiewende unweigerlich vollzieht, macht vielen Menschen in Sachsen Angst – auch wegen der schlechten Erfahrungen aus der Zeit nach der Vereinigung. Die Transformation kann nur gelingen, wenn sie diesmal sozial gerecht vollzogen wird. Wir stehen auch im wirtschaftlichen Wandel immer an der Seite der Beschäftigten, ihrer Betriebsräte und ihrer Gewerkschaften. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen in Sachsen durch die Industrie und die Arbeit der Zukunft gewinnen, nicht verlieren.

Durch ein modernes **Vergabegesetz** wollen wir dafür sorgen, dass staatliche Aufträge nur noch an solche Unternehmen gehen, die sich an soziale und ökologische Standards halten. **Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die ihre Beschäftigten nach Tarif entlohnen.** Wir wollen die **Tarifbindung erhöhen** und mehr **Tarifverträge allgemeinverbindlich** machen.

Zur angemessenen Bezahlung müssen aber auch gute Arbeitsbedingungen kommen: Wir wollen Befristungen ohne sachlichen Grund abschaffen und Minijobs in sozialversicherungspflichtige Stellen umwandeln. Wo das sachlich möglich ist, sollte es ein Recht auf Home Office geben. Wir wollen 5 Tage Bildungszeit im Jahr einführen.

Wir werden den Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften für die sächsische Wirtschaft der Zukunft nur decken können, wenn wir **Chancengleichheit** auch auf dem Arbeitsmarkt herstellen. Damit alle am Erwerbsleben teilhaben können, brauchen wir **familiengerechte Arbeitszeiten** und **gute Betreuungsmöglichen für Kinder**. Für Frauen muss endlich gelten: **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit!** Zugewanderten Menschen wollen wir einen **schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt** ermöglichen.

Sachsen muss auf die Industrien der Zukunft setzen. Wir stehen für einen sozial gerechten Umbau der Industrie. Wir wollen die Wirtschaftsförderung so reformieren, dass gute Arbeitsbedingungen, anständige Löhne und ökologische Nachhaltigkeit zu Bedingungen einer Förderung werden. Mit Mitteln des Bundes soll eine Industriestiftung entstehen, über die die öffentliche Hand gezielt Anteile an Unternehmen erwirbt. Wir setzen uns konsequent für eine Transformation im Sinne der Beschäftigten ein. Sie kann nur erreicht werden, wenn die Belegschaften mehr mitbestimmen und zu Eigentümern ihrer Betriebe werden.

Wir wollen das Handwerk als Basis unserer sächsischen Wirtschaft stärken. Dazu wollen wir Bürokratie abbauen und mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge auch im Handwerk durchsetzen. Wir wollen den Meisterbonus auf 2500 Euro erhöhen und ein BAföG-gestütztes Meisterstudium einführen.

Wir fordern einen **Neustart im Strukturwandel** der Kohleregionen – vor allem in drei Punkten: Wir möchten ihn strategisch stärker auf **Nachhaltigkeit** ausrichten, die **Beteiligung** der Menschen vor Ort verbessern und die Förderung auf die **kernbetroffenen Regionen** konzentrieren. Keine Projekte mehr ohne Zustimmung der Menschen vor Ort!

Wir wollen Sachsen mit **günstiger und klimaschonender Energie** versorgen und den Energiebedarf möglichst **vollständig mit Energie aus regenerativen Quellen** decken. Mit einem **Erneuerbare-Energien-Beteiligungsgesetz** sollen die Menschen am finanziellen Ertrag des Ausbaus von Wind- und Sonnenenergieanlagen in ihren Kommunen beteiligt werden. Um unseren Strom günstig, ökologisch und vor Ort unabhängig von unberechenbaren Diktaturen erzeugen zu können, wollen wir die nötige **Infrastruktur in öffentlicher Hand** halten und eine **sächsische Energiegesellschaft** gründen.

Wir wollen die Landwirtschaft stärker an regionalen Wirtschaftskreisläufen orientieren, Erzeugergemeinschaften gegen Großkonzerne schützen und Mindesterzeugerpreise durchsetzen. Das Tierwohl muss beachtet werden. In Land- wie Forstwirtschaft muss der Klima-, Umwelt- und Artenschutz eine größere Rolle spielen. Wir wollen ein Sachsen ohne Glyphosat und Gentechnik!

Wir kämpfen für einen Klimaschutz, der die Menschen nicht moralisierend bevormundet oder einseitig finanziell belastet. Wir werden ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen, in dem wir sozial gerechte CO₂-Reduktionsziele in allen Sektoren verpflichtend festschreiben. Mit einem sächsischen Klimawandelanpassungsgesetz wollen wir Anpassungsstrategien durchsetzen und zugleich die sozialen Folgen der Klimaveränderungen abmildern.

Tourismus und Gastronomie sind für die sächsische Wirtschaft von besonderer Bedeutung. Wir wollen **Urlaub auch für Menschen mit geringem Einkommen ermöglichen** und den **Tagestourismus stärken**.

Kapitel II

Überall hört man, unsere Gesellschaft sei gespalten. Unter der immer hitzigeren Polarisierung leide auch die Demokratie. Doch über die wahren Gründe für diese Spaltung sprechen die Regierenden in Berlin und Dresden nicht. Sie verschärfen das Problem sogar noch durch ihre chaotische und verfehlte Politik. Die Linke will das Grundproblem beseitigen: die ständig wachsende soziale Ungleichheit und Unsicherheit in unserem Land. Sogar in den vielen Krisen der vergangenen Jahre haben Konzerne Rekordgewinne gemacht, sind die Vermögenden noch reicher geworden. Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen hingegen macht die Teuerung in allen Bereichen wütend. Von rechts wird der Frust ausgebeutet und in erbitterte Kulturkämpfe umgelenkt, die das Leben der Menschen nicht besser machen, die gesellschaftliche Stimmung aber schlechter. Die Linke hat eine andere Antwort: Solidarität. Statt verschiedene Gruppen gegeneinander auszuspielen, treten wir für einen aktiven, leistungsfähigen Staat ein, der die Aufgaben der sozialen Daseinsfürsorge für alle Menschen erfüllt, für soziale Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sorgt.

Um Menschen unterstützen zu können, die Hilfe brauchen, und in die Infrastruktur und die Industrien der Zukunft zu investieren, muss der Staat finanziell handlungsfähig sein. Doch mit der sogenannten "Schuldenbremse" hat er sich selbst gefesselt. Wir wollen im Bund wie in Sachsen diese **Investitionsbremse abschaffen** oder zumindest grundlegend reformieren. Ob eine Demokratie praktisch funktioniert, erweist sich zuerst auf der Ebene der Städte und Dörfer. Umso schlimmer, dass die Kommunen in Sachsen seit Jahren von der Staatsregierung nicht die Mittel bekommen, die nötig wären, um alle ihre Aufgaben zu erfüllen. Wir wollen die **Kommunen ausreichend finanzieren** und durch **Bürgerbudgets** dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort aktiv mitentscheiden können, wofür die KommuneGeld ausgibt.

Die Menschen in Sachsen haben Angst um ihre gesundheitliche Versorgung. Besonders in den ländlichen Regionen müssen Krankenhäuser schließen und es fehlt an Haus- und Facharztpraxen. Wir wollen alle Krankenhausstandorte erhalten, auch durch Polikliniken mit Notfallaufnahme und 24-Stunden-Betrieb. Wir wollen Krankenhäuser in die öffentliche Hand zurückführen, denn Gesundheit ist keine Ware! Die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten erleichtern wir durch Entbürokratisierung, Digitalisierung und bessere Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Gesundheitswesen. Darüber hinaus wollen wir pflegende Angehörige unterstützen und Eigenanteile begrenzen. Langfristig brauchen wir eine Pflegevollversicherung und Krankenversicherungung für alle, in die auch alle einzahlen.

Die Stärke einer Gesellschaft zeigt sich darin, wie sie mit ihren Schwächeren umgeht. Inklusion ist für uns kein Randthema, sondern ein zentrales Anliegen. Wir wollen die UN-Behindertenrechtskonvention in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen politischen Ebenen umsetzen. Die Inklusion in Kita, Schule und Arbeitswelt muss verwirklicht, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum garantiert werden. Das kommt auch älteren Menschen zugute. Sie brauchen aber nicht nur Schutz, sie sollen auch ihre Interessen selbst vertreten können. Deshalb fordern wir ein Seniorenmitbestimmungsgesetz. Das Rentenunrecht, das im Osten vielfach zu Armutsrenten führt, muss beseitigt werden. In einem ersten Schritt wollen wir dafür sorgen, dass Sachsen endlich dem Härtefallfonds für Menschen beitritt, deren Rentenansprüche bei der Vereinigung nicht anerkannt wurden. In vielen Bereichen, so etwa

beim Wohnen, müssen wir uns auf eine alternde Gesellschaft einstellen. Das darf jedoch nicht bedeuten, dass wir die Kinder und Jugendlichen vergessen. Im Gegenteil: Sachsen muss attraktiv für junge Menschen werden! Wir wollen **Jugendhilfe und Jugendarbeit nicht kürzen, sondern stärken**. Wir kämpfen zugleich dagegen, dass junge Leute aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. **Keine Jugendkultur ist illegal!** Um Kinder aus der Armut zu holen, brauchen wir **eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient**.

Beim Thema Wohnen unterscheiden sich die Probleme in Sachsen stark zwischen den Großstädten und dem ländlichen Raum. Damit in Dresden und Leipzig endlich wieder bezahlbare Wohnungen zu finden sind, wollen wir eine wirksame Mietpreisbremse einführen, die Zweckentfremdung von Wohnungen verbieten und eine Landeswohnungsbaugesellschaft gründen, die Sozialwohnungsbau in großem Maßstab fördert. Der ländliche Raum hat eher mit Abwanderung und Leerstand zu kämpfen. Wir wollen Bau und Sanierung von altersgerechten und familienfreundlichen Wohnungen fördern. Um das Leben in kleineren Städten und Dörfern wieder attraktiv zu machen, wollen wir den Öffentlichen Nahverkehr ausbauen und Mindestbedienstandards einführen. Wir fordern, dass der Preis des Deutschlandtickets fünf Jahre lang nicht steigt und dass es sachsenweit als Sozialticket zum halben Preis angeboten wird. Schulkinder, Studierende, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos den ÖPNV nutzen dürfen.

Zur sozialen Daseinsfürsorge gehört auch der **Schutz der Menschen vor Gefahren**. Wir wollen die Mittel für Verbraucherschutz erhöhen. Den Bevölkerungsschutz stärken wir u.a. durch Standortfeuerwehren. Ehrenamtlich Engagierte, etwa in Freiwilligen Feuerwehren, sollen durch Bildungsurlaub und Rentenpunkte für ihre Arbeit belohnt werden. Süchtige brauchen Hilfe, nicht Strafe – deswegen lehnen wir ihre Kriminalisierung ab und fordern stattdessen mehr Mittel und Räume für Prävention und Therapie. Wir fordern, dass der Freistaat den Tierschutz endlich ausreichend finanziert, um Tierleid und Gefahren für Menschen zu vermeiden.

Kapitel III

Die Regierenden in Sachsen loben sich gern selbst für ihre Bildungspolitik. Doch die Menschen merken, wieviel tatsächlich schiefläuft: Eltern machen sich angesichts des Mangels an Lehrkräften, den wir den Fehlplanungen der Regierenden verdanken, große Sorgen. Es fällt so viel Unterricht aus wie nie, Kinder sitzen in überfüllten Klassen. Die Lehrkräfte leiden unter Überlastung, auch weil sie sich mit zu viel Bürokratie und fachfremden Tätigkeiten herumschlagen müssen. Die Kinder selbst werden durch veraltete und überfüllte Lehrpläne schlecht auf die Zukunft vorbereitet. Ob in den Kitas, den Schulen oder den Hochschulen: In Sachen regieren vor allem Leistungsdruck, Auslese und Nützlichkeitsdenken. Für uns als Linke ist Bildung etwas anderes: Wir möchten allen jungen Menschen die Chance geben, ihre Persönlichkeit und ihre Talente zu entfalten. Für uns ist die soziale, kulturelle und politische Bildung nicht weniger wichtig als die technische und naturwissenschaftliche. Nur aufgeklärte und mündige Menschen werden den wirtschaftlichen Erfolg Sachsens in der Zukunft sichern und zugleich für eine demokratische, weltoffene Kultur im Land streiten.

Gute Bildung beginnt schon in den Kitas. Sie darf nicht davon anhängen, über wie viel Geld die Eltern verfügen. Wir kämpfen daher schon lange für ein **kostenfreies Mittagessen** und wollen die **Kita-Beiträge schrittweise abschaffen**. Wir wollen auch die Qualität der Betreuung in den Kitas verbessern und dazu schrittweise eine Fachkraft-Kind-Relation (Betreuungsschlüssel) von 1:4 in Krippen, 1:10 in Kindergärten und 1:17 in Horten erreichen.

Auch dank unserer Erfahrungen als Ostdeutsche wissen wir, dass die Gemeinschaftsschule, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht, die beste Schulform ist, um alle Kinder gleichermaßen zu fördern und der sozialen Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Wir wollen dafür sorgen, dass die Gründung von Gemeinschaftsschulen von den Behörden endlich nicht mehr behindert, sondern gefördert wird. Wir fordern eine kostenlose, vollwertige und gesunde Mittagsversorgung, kostenfreie Lernmittel und eine digitale Ausstattung an allen Schulen. Die Rahmenlehrpläne müssen entschlackt werden, um mehr Raum für kreativen und praxisbezogenen Unterricht zu schaffen. Wir wollen die politische Bildung stärken und mit einem neuen Fach "Medienkunde" die Medienkompetenz der jungen Menschen verbessern. Wir wollen Schulsozialarbeit an allen Schulen garantieren und die Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams entlasten. Wir wollen eine Schule für alle, an der alle Kinder gemeinsam lernen können, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, Migrationsgeschichte oder eines sonderpädagogischen Förderbedarfs. Wir wollen Kopfnoten abschaffen und durch faire schriftliche Beurteilungen ersetzen. Durch Ganztagsbetreuung wollen wir Hausaufgaben überflüssig machen. Sollte die Zahl der Kinder in Zukunft sinken, darf das nicht als Vorwand für Sparmaßnahmen dienen – stattdessen wollen wir die Klassengrößen verkleinern. Um mehr junge Menschen für den Lehrberuf zu begeistern, wollen wir mehr Anreize bieten, das Lehramtsstudium regionalisieren und es zum Dualen Studium weiterentwickeln.

Die Linke setzt sich dafür ein, dass in Sachsen das bewährte **Duale System der Berufsausbildung** der Regelfall bleibt. Wir wollen die Berufsausbildung attraktiver machen, um junge Menschen für das Handwerk zu begeistern. Dazu fordern wir eine **Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 % des tariflich gezahlten Entgelts**. Sämtliche Schulgelder sind abzuschaffen. Die Arbeitsbedingungen müssen wirksam kontrolliert werden. Auszubildende sollten den Öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen können und ausreichend mit Wohnheimplätzen versorgt werden. Wir werden eine **Sächsische Ausbildungsumlage** einführen, um die Duale Ausbildung besser und gerechter zu finanzieren.

Hochschulen. Hochschulen sollen nicht wie Unternehmen agieren, sondern Orte einer allseitigen, demokratischen Bildung sein. Wir wollen den wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen Unter- und Mittelbau stärken. Für Daueraufgaben müssen Dauerstellen geschaffen werden! Wir wollen außerdem einen Tarifvertrag auch für studentische Beschäftigte. Um den Zugang zum Hochschulstudium zu erleichtern, wollen wir alle Studiengebühren abschaffen, den Numerus Clausus streichen und eine Grundsicherung für alle Studierenden. Wir wollen eine Hochschule für alle. Die Geschlechtergerechtigkeit, die Inklusion von behinderten Studierenden und die Integration von Studierenden aus anderen Ländern muss gesichert werden.

Kapitel IV

Die Demonstrationen für die Demokratie und gegen ihre rechten Feinde, die in Deutschland und auch in Sachsen in diesem Jahr Hunderttausende auf die Straße gebracht haben, machen uns Mut. Aber es reicht nicht, wenn die Regierenden die Demokratie immerzu nur in ihren Sonntagsreden beschwören. Um die Demokratie zu erhalten, müssen wir sie verbessern. Die Regierenden müssen endlich damit aufhören, vor den Forderungen der Demokratiefeinde von rechts einzuknicken. Ein **aktiver Staat** muss den Menschen die Existenzängste nehmen, die manche anfällig für rechten Populismus machen. Wir müssen in Sachsen die **politische Bildung** und die **Erziehung zur Demokratie** stärken und den Menschen endlich **mehr Möglichkeiten für**

direkte Demokratie und bürgerschaftliche Beteiligung verschaffen. Wer die Gesellschaft selbstwirksam verändern kann, sehnt sich nicht mehr nach dem starken Mann.

Direkte Demokratie kann nur gelingen, wenn es den Menschen leichtgemacht wird, sich einzubringen und mitzuentscheiden. Wir wollen das Quorum für Volksanträge auf 20.000 Unterschriften und das für Volksbegehren auf fünf Prozent der Bevölkerung reduzieren. Auch in Landkreisen, Städten und Gemeinden müssen die entsprechenden Quoren für Anträge, Begehren und Entscheide aus der Bevölkerung weiter gesenkt werden. Wir kämpfen weiter dafür, ein modernes Petitionsgesetz einzuführen, dass es den Menschen in Sachsen erleichtert, sich mit ihren Problemen an den Landtag zu wenden. Mit einem rechtssicheren Parité-Gesetz streben wir eine geschlechterparitätische Besetzung der sächsischen Parlamente an.

Die Linke setzt sich konsequent gegen Antisemitismus, Nationalismus, Rassismus und andere menschenfeindliche Einstellungen ein. Wir wollen den Antifaschismus als Staatsziel in der Sächsischen Verfassung festschreiben. Wir unterstützen alle Projekte gegen Rassismus und Faschismus, so etwa das Programm "Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz". Wir wollen rechte Gewalt verhindern und konsequent bestrafen. Die rechte Szene muss entwaffnet werden! Wir unterstützen die Errichtung eines Dokumentationszentrums in Chemnitz und Zwickau zur Aufarbeitung der rechtsterroristischen Verbrechen des "Nationalsozialistischen Untergrunds' (NSU)".

Eine Gesellschaft gleichberechtigter Menschen darf Diskriminierungen nicht dulden. Deshalb kämpfen wir auch **gegen Benachteiligung und Abwertung auf Grund der sexuellen Identität**. Im Bereich des Gewaltschutzes drängen wir auf eine **vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention**. Schutzeinrichtungen für Frauen müssen ausgebaut und vollständig vom Freistaat finanziert werden. Geschlechtergerechte Sprache ist für uns ein Mittel, um auf geschlechtliche Vielfalt hinzuweisen.

Die Sicherung der Demokratie von morgen fängt bei der Jugend von heute an. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die UN-Kinderrechtskonvention umgesetzt wird. Das aktive Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen sowie Volksentscheiden muss auf 16 Jahre gesenkt werden! Wir wollen Kinderrechte in der Sächsischen Verfassung festschreiben. Die Kinderund Jugendhilfe, die demokratische Jugendarbeit und die Jugendbildung wollen wir stärken. Wir wollen einen "Kinder- und Familienfreitag" am ersten Freitag im Juni als zusätzlichen gesetzlichen Feiertag in Sachsen einführen.

Für Die Linke bedeutet der Begriff "öffentliche Sicherheit" in erster Linie: Schutz der Bevölkerung sowie ihrer Rechte. Verbrechen bekämpfen wir am besten, indem wir die sozialen Ursachen von Kriminalität, Verunsicherung und Gewalt bekämpfen. Das teilweise verfassungswidrige sächsische Polizeigesetz muss überarbeitet werden, damit endlich wieder die Grundrechte aller Menschen und die Unschuldsvermutung im Vordergrund stehen. Für eine gute Polizeiarbeit benötigen wir eine bessere Ausbildung und mehr Ermittlungskapazitäten. Rassismus und Diskriminierung in und durch Polizei und Justiz müssen beendet werden. Wir wollen Racial Profiling verbieten. Der Inlandsgeheimdienst namens Landesamt für Verfassungsschutz ist aufzulösen. Im Strafvollzug müssen Wiedereingliederung und Wiedergutmachung im Mittelpunkt stehen.

Kultur muss für alle zugänglich sein. Wir wollen die Kommunen und Kulturräume so ausstatten, dass es ihnen möglich ist, die reichhaltige Kunst- und Kulturlandschaft in Sachsen zu erhalten. Wir fordern ein **landesweites Entwicklungskonzept für Kunst und Kultur, dynamisierte**

Kulturraummittel und **Honoraruntergrenzen** für künstlerisch Schaffende. Musikschulen müssen besser unterstützt, Lehrkräfte besser bezahlt werden. Wir wollen den Frauentag am 8. März und den Tag der Befreiung vom Faschismus am 8. Mai als neue Feiertage etablieren. Die **Erinnerungskultur** in Sachsen wollen wir konsequent antifaschistisch ausrichten. Die Gedenkstätten müssen finanziell besser ausgestattet werden.

Sport hat eine positive Wirkung auf alle, die ihn treiben, aber auch auf die gesamte Gesellschaft. Der Breitensport darf nicht zugunsten des Spitzensports vernachlässigt werden. Die Kommunen müssen vom Freistaat die Mittel erhalten, um Sportanlagen zu errichten und zu unterhalten. Sie müssen auch den Vereinen zur Verfügung stehen. Der Schulsport muss gesichert werden. Jedes Kind soll schwimmen lernen! Schwimmhallen müssen saniert und neu errichtet werden. Das Sportwesen würde ohne das Ehrenamt nicht funktionieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Qualifizierung von Ehrenamtlichen in den Sportvereinen besser gefördert wird, so u.a. durch Freistellungen und finanzielle Unterstützung.

Die Medien sind eine Säule unserer Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass eine große Vielfalt hochwertiger Medien in Sachsen erhalten bleibt und auch neue Angebote entstehen können. Wir wollen die nichtkommerziellen Freien Radios sowie die regionalen und lokalen Fernseh- und Radioprogramme erhalten. Der MDR als öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Sachsen soll nicht nur einer minimalistischen "Grundversorgung" dienen, neben der Information zählen auch Bildung, Beratung, Kultur und Unterhaltung zu seinem umfassenden Auftrag. Wir wollen die solidarische Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beibehalten. Menschen, die Transferleistungen empfangen, wollen wir grundsätzlich vom Rundfunkbeitrag befreien. Der MDR-Staatsvertrag muss reformiert werden, um den MDR vielfältiger zu machen und die Beschäftigten besser an den Entscheidungen zu beteiligen.

Die Linke steht für eine offene und freie Netzgemeinschaft. Deshalb sind wir entschieden gegen Zensur, Netzsperren, Überwachung und anlasslose Datenspeicherung durch Behörden und Unternehmen. Wir sind für Netzneutralität! Im digitalen Raum darf es keine Klassengesellschaft geben, die einige benachteiligt und andere bevorzugt. Wir wollen Institutionen zum Schutz vor Hass und Gewalt im Netz ausbauen.

Auch in Sachsen ist **Einwanderung** längst gesellschaftliche Normalität. Geflüchteten Schutz zu gewähren, ist eine humanitäre Pflicht. Zugleich begreifen wir Zuwanderung als Chance für die sächsische Gesellschaft. Sachsen soll ein offenes Land werden mit **gleichen Rechten auf soziale Sicherung und gesellschaftliche Teilhabe für Eingewanderte**. Wir treten für dezentrale Unterbringung und selbstbestimmtes Wohnen ein. In allen Landkreisen und kreisfreien Städten sollen **Willkommenszentren** entstehen, die Initiativen beraten, koordinieren und fördern. Ausländerbehörden wollen wir zu Willkommensbehörden umgestalten, **Verfahren vereinfachen und digitalisieren**. Wir setzen uns für eine **Bleiberechtsoffensive** in Sachsen ein. Das von der sächsischen Regierungskoalition verabschiedete Integrationsgesetz reicht nicht aus. Sachsen braucht ein echtes **Teilhabegesetz**.

Die Linke bekennt sich klar zu Europa und zur europäischen Integration. Wir setzen uns für ein Europa der Regionen ein. Dazu muss der Ausschuss der Regionen der Europäischen Union gestärkt werden. Sachsen muss sich auf Bundes- und Europaebene dafür einsetzen, dass das Menschenrecht auf Asyl von der EU garantiert wird. Wir fordern die Auflösung von Frontex, da diese Grenzschutztruppe nachweislich die Menschenrechte von Geflüchteten erheblich verletzt. Wir sind gegen Grenzkontrollen. Den Jugendaustausch, die europapolitische Bildung und den Tschechisch- und Polnisch-Unterricht an sächsischen Schulen wollen wir ausbauen.

Die Linke ist seit jeher die Partei des Friedens. Wir sind gegen Krieg, Aufrüstung, Waffenexporte und Militarismus. Wir kämpfen um eine friedliche Welt, die durch Zusammenarbeit geprägt ist und in der Konflikte durch Diplomatie gelöst werden. Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Im Interesse der Menschen muss der Frieden auch gerecht sein. Die Wurzel der Kriege liegt in einer ungerechten Weltordnung, die beseitigt werden muss. Wir akzeptieren keine Doppelstandards. Wir lehnen Russlands Krieg gegen die Ukraine genauso entschieden ab wie andere völkerrechtswidrige Kriege, etwa den Krieg der USA im Irak oder die türkischen Feldzüge in den kurdisch besiedelten Gebieten. Bewegungen für Menschenrechte und Demokratie in aller Welt wollen wir mit friedlichen Mitteln unterstützen. Wir sind dagegen, dass in Sachsen neue Waffen erfunden oder produziert, neue Bundeswehrstandorte gegründet oder an den Schulen und Hochschulen für den Kriegsdienst geworben wird. Stattdessen sollte Sachsen die internationale Zusammenarbeit fördern, etwa durch den Ausbau von Städtepartnerschaften.